



HESSISCHER LANDTAG

03. 06. 2026

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Lipödem ernst nehmen – Aufklärung, Versorgung und Forschung in Hessen verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest,
 - a) Das Lipödem ist eine chronische, fortschreitende Erkrankung des Fettgewebes, die fast ausschließlich Frauen betrifft. Sie geht mit erheblichen körperlichen Schmerzen, funktionellen Einschränkungen und psychischen Belastungen einher.
 - b) Die Erkrankung wird häufig zu spät oder falsch diagnostiziert. Dies führt zu verzögerter Behandlung, erhöhtem Leidensdruck und in vielen Fällen zu unnötiger Chronifizierung.
 - c) Trotz der erheblichen Auswirkungen auf die Lebensqualität der Betroffenen fehlen in Hessen gezielte Informations- und Aufklärungsmaßnahmen über das Krankheitsbild.
 - d) Die Antworten der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen Drucksache 21/2119 und Drucksache 21/3632 offenbaren erhebliche Wissensdefizite sowie mangelnden politischen Gestaltungswillen zur Verbesserung der Versorgungslage.
 - e) Während andere Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen oder Bayern bereits konkrete Maßnahmen zur Versorgung und Forschung initiiert haben, droht Hessen bei dieser frauenspezifischen Gesundheitsfrage ins Hintertreffen zu geraten.
 - f) Die drohende Schließung der Taunusklinik in Bad Nauheim (Ende 2026) sowie der Klinik Wingertsberg in Bad Homburg (bis 2033) durch die Deutsche Rentenversicherung Bund gefährdet die spezialisierte Versorgung von Lipödem-Patientinnen erheblich. Trotz Protesten (über 3.000 Unterschriften) und Forderungen des Landfrauenverbands Hessen werden ca. 400 Betten gestrichen, was zu regionalen Versorgungslücken führt.
 - g) Die Landesregierung verweist pauschal auf Bundeszuständigkeiten, ohne die eigenen Handlungsspielräume auf Landesebene konsequent zu nutzen.
2. Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, gemeinsam mit der Landesärztekammer Hessen, der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen, den Hochschulambulanzen, Selbsthilfeorganisationen und der Landeskoordinierungsstelle Selbsthilfe eine landesweite Informations- und Fortbildungsinitiative zum Lipödem zu starten. Ziel muss es sein, über Symptome, Diagnose, psychische Belastungen und Behandlungsmöglichkeiten des Lipödems aufzuklären und diese in der ärztlichen und therapeutischen Praxis durch die Erstellung und Verbreitung von Informationsmaterialien in medizinischen Einrichtungen, Praxen und Gesundheitszentren bekannt zu machen. Ebenso ist es erforderlich, gezielte Fortbildungsmaßnahmen für Hausärzte, Gynäkologen und andere Erstansprechpartner im Gesundheitswesen über die Landesärztekammer Hessen anzubieten.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung ferner auf, die Forschung und Datenlage zum Lipödem in Hessen signifikant zu verbessern. Dazu gehören die Förderung von Forschungsprojekten an den Universitätskliniken in Gießen, Marburg und Frankfurt, eine landesweite Bestandsaufnahme zur aktuellen Versorgungssituation von Lipödem-Patientinnen in Hessen sowie der Aufbau eines hessischen Registers zur systematischen, datenschutzkonformen Erfassung epidemiologischer Daten, Behandlungspfade und Versorgungsbedarfe.

4. Der Landtag fordert die Landesregierung darüber hinaus auf, die Versorgungsstrukturen in Hessen nachhaltig zu stärken. Insbesondere soll dies beinhalten: den Ausbau und die bessere Vernetzung bestehender Selbsthilfeangebote für Betroffene, die Entwicklung und Implementierung verbindlicher Qualitätsstandards für die Lipödem-Behandlung an hessischen Kliniken, den sofortigen Erhalt der spezialisierten Reha-Kliniken in Bad Nauheim und Bad Homburg, sowie die Förderung interdisziplinärer Behandlungszentren oder Versorgungsnetzwerke.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung zusätzlich auf, Initiativen auf Bundesebene zu ergreifen. Hierzu gehören die Einbringung einer Bundesratsinitiative zur eigenständigen Berücksichtigung des Lipödems in den Versorgungsmedizinischen Grundsätzen sowie die konsequente Umsetzung der seit 1. Januar 2026 geltenden G-BA-Richtlinie Liposuktion bei Lipödem durch hessische Krankenkassen.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, für Transparenz und Berichterstattung zu sorgen. Dazu gehört die Vorlage eines ersten Zwischenberichts bis Ende 2026 über die Entwicklung der Lipödem-Versorgung in Hessen (inkl. Klinikschließungen). Außerdem ist eine regelmäßige Evaluation der ergriffenen Maßnahmen und deren Wirksamkeit durchzuführen.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein niedrigschwelliges digitales Informationsangebot für Betroffene aufzubauen, das über Diagnosewege, konservative und operative Behandlungsmöglichkeiten, Reha, Selbsthilfe, Wunsch- und Wahlrecht sowie Beratungsstellen informiert.

Begründung:

Schätzungen zufolge sind rund zehn bis elf Prozent aller Frauen vom Lipödem betroffen. Die Erkrankung ist mit chronischen Schmerzen, erhöhter Anfälligkeit für Folgeerkrankungen sowie starker psychischer Belastung verbunden. Sie stellt damit ein relevantes, aber bislang unterschätztes gesundheitspolitisches Thema dar – insbesondere im Bereich der Frauengesundheit.

Die Antworten der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen Drucksache 21/2119 und Drucksache 21/3632 offenbaren eine unzureichende Auseinandersetzung mit der Versorgungssituation von Lipödem-Patientinnen in Hessen. Während auf allgemeine Gesundheitsförderung verwiesen wird, fehlen konkrete, passgenaue Maßnahmen.

Andere Bundesländer sind bereits aktiv geworden: So hat beispielsweise Nordrhein-Westfalen spezielle Versorgungszentren gefördert und Bayern Forschungsinitiativen unterstützt. Hessen darf bei dieser wichtigen Frauengesundheitsfrage nicht zurückfallen.

Mit einer aktiven landespolitischen Strategie kann Hessen sowohl die Versorgungslage der Betroffenen vor Ort verbessern als auch bundesweit wichtige Impulse setzen – für mehr Aufklärung, bessere Versorgung und mehr Anerkennung des Lipödems als ernstzunehmende chronische Erkrankung.

Wiesbaden, 3. Juni 2026

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas